

Ekaterina Lysova

## Die Ermordung von *Anna Politkovskaja* – Kollaps der Demokratie?

Ich verstehe, dass ich eine große Verantwortung auf mich genommen habe, und ich weiß auch, dass das Staatsoberhaupt in Russland immer verantwortlich ist für alles, was im Lande geschieht.

*V. Putin*

(bei seinem Amtsantritt am 7. Mai 2000 in Moskau)

Schlecht ist der Revolutionär, der im harten Kampf vor der Unerschütterlichkeit des Gesetzes anhält.

*V. I. Lenin*

Wie konnte die Ermordung der rechtschaffenen und brillanten Journalistin *Anna Politkovskaja*, der stärksten Kritikerin der Machthaber unter den Journalisten, in Moskau am 7. Oktober 2006 geschehen? Im Ausland wird die Lage in Russland häufig als gefährlich für die weitere demokratische Entwicklung des Landes angesehen. Die Lageeinschätzungen in den russischen Medien sind hingegen in aller Regel positiv, und zwar sowohl hinsichtlich der Entwicklung des Landes als auch hinsichtlich der Handlungen der Machthaber. *Anna Politkovskaja* gehörte zu den wenigen Journalisten im Lande, die sich nicht scheute, Handlungen des Staates zu kritisieren und auch – unter Hinweis auf Untersuchungsergebnisse – die Schuldigen beim Namen zu nennen.

Präsident *Putin* äußerte sich am dritten Tag nach dem Tod der Journalistin gegenüber einem deutschen Fernsehsender wie folgt: „Sie war nicht weit bekannt und hatte keinen Einfluss auf die gesellschaftliche Meinung im Land... Ihre Ermordung ist für das Land, für Russland, für die russische Führung ein viel größerer Schaden als ihre Publikationen“<sup>1</sup>. Nach den Daten des Analyse zentrums *Jurij Levada* haben tatsächlich 53 Prozent der Russen *Anna Politkovskaja* bis zu ihrem Tod nicht gekannt<sup>2</sup>. Ihr Tod hat indes große Resonanz sowohl in russischen als auch in ausländischen Medien, in politischen und in demokratischen Kreisen hervorgerufen. Und gerade diese gesteigerte Aufmerksamkeit des Westens gegenüber den inneren Problemen Russlands hatte *Putin* im Blick, als er vom „Schaden“ für das Land und die russische Führung sprach.

Dieser Beitrag möchte zeigen, wodurch die heutige russische Gesellschaft, in der wahrheitsgetreue Informationen unzulässig sind und verfolgt werden, charakterisiert wird. Zugleich ist dies auch der Versuch, Zweifel an der manchmal im Westen existierenden Vorstellung von *Putin* als einem demokratischen Führer, der in Treffen mit den

---

<sup>1</sup> Interview gegenüber der ARD vom 10.10.2006, [http://www.kremlin.ru/appears/2006/10/10/2300\\_type63379\\_112351.shtml](http://www.kremlin.ru/appears/2006/10/10/2300_type63379_112351.shtml).

<sup>2</sup> <http://www.levada.ru/press/2006101901.html>.

europäischen Staatsoberhäuptern und seinen alljährlichen Ansprachen an die Föderale Versammlung der RF stets seine Treue gegenüber der Demokratie und den rechtlichen Werten beschwört<sup>3</sup>, zu wecken. Daher sollen einige Ereignisse aus der russischen Wirklichkeit seit Anfang 2000, als *Putin* sein Amt als Staatspräsident der RF angetreten hat, aufgezeigt werden.

## I. Der FSB und „die Silovniki“ als Grundlage der Macht im heutigen Russland

Nach den Forschungen der Soziologin *Olga Kryštanovska* rekrutiert sich die strategische Elite beim Staatspräsidenten im Wesentlichen aus dem Militär und den Sicherheitsdiensten. Ihre Vertreter tragen den für Militär, Sicherheitsdienste, Polizei typischen autoritären Führungsstil an die Staatsspitze, der mit einem demokratischen Führungsstil nicht zu vereinbaren ist. „Eine enge wechselseitige Verbindung zwischen den Einfluss nehmenden Agenten, eigene Informationskanäle, ein spezieller Umgang mit Menschen – all dies erfordert Fähigkeiten, die in besonderer Weise den Offizieren der Aufklärung zu eigen sind. Sie bilden eine eigene Kaste, in der jeder die Arbeit des anderen ergänzt. Ein solches Regime ist sehr stabil, und zwar insbesondere dann, wenn es durch eine patriotische Ideologie gestärkt und nur dekorativ mit liberalen Wirtschaftsideen ergänzt wird“<sup>4</sup>.

Nach dem Wechsel in andere Ministerien und Behörden bleiben die Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes FSB diesem unterstellt; ihr Gehalt bekommen sie von dort; frühere Privilegien bleiben bestehen. Naturgemäß entsteht ein Interessenkonflikt, wenn diese Personen sich dann zwischen den Forderungen nach Beachtung des Gesetzes und Unterordnung unter das Gesetz oder „den Interessen der Staatssicherheit“ zu entscheiden haben. Ein Beispiel für diesen Konflikt bietet die Organisation der Ermordung des tschetschenischen Vizepräsidenten *Zelimchan Jandarbiev* durch Mitarbeiter russischer Sonderdienste in Katar im Jahr 2004<sup>5</sup>. Geleitet und beaufsichtigt wird der FSB dabei laut Föderationsgesetz<sup>6</sup> vom russischen Staatspräsidenten.

Charakterisiert wird die ungewöhnliche Lage der gegenwärtigen Zusammensetzung der Führungskader ferner durch die weiter bestehende oder besser wieder entstandene

<sup>3</sup> *Nick Paton Walsh*, *Kak ja naučilja ljubit' Putina* (Wie ich anfang, *Putin* zu lieben), *The Guardian* vom 31.7.2006, <http://www.inopressa.ru/guardian/2006/07/31/19:09:25/vladimir>.

<sup>4</sup> *Olga Kryštanovska*, *Vladimir Putin protežiruet byvšim voennym (Vladimir Putin protegiert ehemalige Militärs)*, *Süddeutsche Zeitung*, 22.7.2003, <http://www.inosmi.ru/translation/187653.html>; siehe ferner <http://www.csmonitor.com/2003/1230/p06s01-woeu.html>.

<sup>5</sup> Siehe auch das Protokoll der Befragung von *A. Politkovskaja* als Zeugin im Strafverfahren (Art. 282 Abs. 2 b StGB) gegen *S. Dmitrievskij*, der Aufrufe von *Aslan Mašadov* an das Europäische Parlament und von *Achmed Zakaev* an das russische Volk publiziert hatte. In diesen hatten die Führer der nicht anerkannten tschetschenischen Republik Ičerikja zur friedlichen Beilegung des Konflikts aufgerufen und scharfe Kritik an der Führung, den Sicherheitsbehörden und an Präsident *Putin* persönlich geäußert. In diesem Verfahren wurde *Dmitrievskij* zu einer 2jährigen Bewährungsstrafe verurteilt. *A. Politkovska* hatte in ihrer Aussage auf das gesetzwidrige Verhalten der Mitarbeiter der Sonderdienste in Tschetschenien hingewiesen und dies als „Staatsterrorismus“ bezeichnet, [http://www.cjes.ru/lenta/view\\_news.php?file\\_id=126812](http://www.cjes.ru/lenta/view_news.php?file_id=126812).

<sup>6</sup> *Federal'nyj zakon „O federal'noj službe bezopasnosti“* vom 3.4.1995, *Rossijskaja gazeta* vom 12.4.1995.

Furcht der Bevölkerung vor dem „allmächtigen“ FSB. Dies ist nicht nur durch das „genetische Gedächtnis“ des Volkes hinsichtlich der Verbrechen von NKVD und KGB, sondern auch durch die unterbliebene Strafverfolgung zu erklären. Bei Journalisten äußert sich diese Angst in Zensur und Selbstzensur. Die Ermordung von *Anna Politkovskaja* wird von vielen Journalisten als Mittel der Einschüchterung angesehen. Die Angst vor dem FSB in der Gesellschaft wird weiter durch die „Spionage“prozesse, in denen sich in letzter Zeit nicht selten Wissenschaftler und Aktivisten von Umweltschutzorganisationen zu verantworten hatten, geschürt. Beispiele sind die Verfahren gegen den Physiker *Danilov*, den Wissenschaftler *Sutjagin* und den Journalisten *Pas'ko*. Unter Fachleuten wird dieser „Kampf um den Markt der Angst“ als politisches Instrument eingestuft<sup>7</sup>. Die letzten großen Proteste gegen Handlungen der Mitarbeiter der Sicherheitsdienste wurden durch die Behinderung zahlreicher Vertreter der Opposition an der Teilnahme am Forum „Anderes Russland“, das parallel zum Gipfel der großen Acht in Moskau stattfand, hervorgerufen.

Die Gesetzesänderungen der letzten Jahre sind auf die Konzentration der Macht in einer Hand – der Hand des Präsidenten und der Exekutive – und die umfassende Überwachung der gesellschaftlichen Vereinigungen und Medien gerichtet. Es ist bezeichnend, dass das Konzept der nationalen Sicherheit vom 10. Januar 2000 und die Doktrin der informellen Sicherheit vom 9. September 2000<sup>8</sup>, die die grundlegenden Richtlinien der staatlichen Politik enthalten und die ihren Ausdruck in den nachfolgenden politischen Entscheidungen fanden, die ersten Dokumente waren, die *Putin* als Präsident der RF unterzeichnet hat. Schon im Februar 2000 wurden daraufhin die Befugnisse der militärischen Gegenauflärung erheblich erweitert<sup>9</sup>.

Die Tendenz der Festigung der „Vertikale der Macht“ wird auch in den Bestrebungen der Machthaber zu sehen, „eigene“ Institute der Zivilgesellschaft als „Mechanismen, um Dampf abzulassen“, zu gründen, wie der stellvertretende Leiter der Administration des Staatspräsidenten ausführte<sup>10</sup>, ersichtlich. Hierzu zählen: die Gesellschaftskammer beim Präsidenten der RF (deren Tätigkeit eher auf die Beschränkung als auf den Schutz der Medien abzielt), der Journalistenverband „Mediasojuz“, die Jugendbewegungen „*Iduščie vmeste*“ (Die, die zusammen gehen) und „*Naši*“ (Unsere) sowie die politische Partei „*Edinaja Rossija*“ (Einheitliches Russland). In diesem Zusammenhang ist die Äußerung von *V. Surkov* bezeichnend, wonach er „den Umstand, dass die herrschende Macht in

<sup>7</sup> Stenogramm des Runden Tisches im Institut für Osteuropa „Angst als Faktor der Politik“ vom 26.4.2006, Moskau, [http://www.prognosis.ru/upimg/file\\_2.doc](http://www.prognosis.ru/upimg/file_2.doc).

<sup>8</sup> Die Doktrin für informelle Sicherheit wurde bereits 1997 durch einen Ausschuss des Sicherheitsrats unter Leitung von *A. Starovojtov* ausgearbeitet, <http://www.panarin.com/doc/56>. Die Doktrin ist keine Rechtsvorschrift und damit nicht obligatorisch zu vollziehen. Im Gegensatz zum Konzept der nationalen Sicherheit wurde die Doktrin auch nicht durch Präsidialdekret bestätigt. Die Billigung des vom Sicherheitsrat ausgearbeiteten Entwurfs bestand allein aus der Vorlage der Erklärung „ich bestätige“ beim Präsidenten, Kommentar des Instituts für Probleme des Informati-onsrechts, <http://www.medialaw.ru/publications/zip/75/obz-doktr.html>.

<sup>9</sup> Ukaz des Präsidenten der RF Nr. 318 vom 7.2.2000 „über die Bestätigung der Ordnung über die Verwaltungen (Abteilungen) des Föderalen Sicherheitsdienstes der RF in den Streitkräften der RF, in sonstigen Truppen, Truppeneinheiten und -organen (Sicherheitsorganen in den Truppen)“, *Rossijskaja gazeta* vom 12.2.2000.

<sup>10</sup> *Andrej Lomkin*, Absurdnaja svoboda. Deputaty chotjat nadelit' Obščestvenuju palatu novymi polnomočijami (Absurde Freiheit. Die Deputierten wollen der Gesellschaftskammer neue Befugnisse einräumen), <http://lenta.ru/articles/2005/11/10/palata>.

Russland eine Partei – Edinaja Rossija – unterstützt, als keine Abweichung von den demokratischen Standards“ betrachtet. „Wir unterstützen und werden Edinaja Rossija unterstützen“. Hiermit verstößt er allerdings gegen die föderale Gesetzgebung, denn gemäß Art. 17 Abs. 1 Ziff. 13 des Gesetzes „über den zivilen Staatsdienst“ ist es dem Bediensteten untersagt, „die Amtsbefugnisse im Interesse politischer Parteien, gesellschaftlicher Vereinigungen zu nutzen...“, und gemäß Art. 10 Ziff. 3 des Gesetzes „über politische Parteien“ sind Personen, die sich im Staats- oder kommunalen Dienst befinden, nicht berechtigt, ihr Amt oder ihre dienstliche Stellung vorwiegend im Interesse einer politischen Partei zu nutzen...“<sup>11</sup>.

Sehr oft sind die Erklärungen der Kremlfunktionäre und selbst *Putins* zu hören, dass die Meinungsfreiheit und die Tätigkeit der Institute der Zivilgesellschaft in Russland nicht eingeschränkt werden. Das Problem liegt nach ihren Worten beim Volk, das nicht in der Lage ist, die Freiheit zu nutzen<sup>12</sup>. Dieser Vorwurf könnte gerechtfertigt sein, gäbe es nicht die besonderen historischen Bedingungen in Russland, die es unmöglich machen, die Macht vom Volk abzugrenzen und umgekehrt, wie der amerikanische Wissenschaftler *Orlando Figes* in seinem Werk „Tragödie des Volkes“ feststellte<sup>13</sup>. Namentlich der Elite, der gebildeten Klasse, lastet die Journalistin *Evgenija Al'bac* die Verantwortlichkeit für das Abgleiten des Landes in den Autoritarismus an und weist neben den historischen Ursachen zur Begründung einmal darauf, dass infolge des Fehlens freier Medien unbekannt sei, welche Vorstellungen tatsächlich unter den verschiedenen Gruppen der Bevölkerung vorherrschten, und zum anderen darauf, dass der Konservatismus eine normale Schutzreaktion auf die reale wie auch auf die scheinbare Bedrohung sei. Schließlich vollzieht sich dank einer Minderheit ein Wandel in der Gesellschaft. Die Minderheit in Russland hat die Rolle eines „Diener der Macht“ eingenommen und macht sich zum Mittäter bei dem Verbrechen, dem *Anna Politkovskaja* zum Opfer gefallen ist<sup>14</sup>.

## II. „Diktatur des Gesetzes“ oder Gesetz als Mittel der Gesetzlosigkeit (als Willkürwerkzeug)

Die Gleichheit aller vor dem Gesetz ist – wie auch das faire Gerichtsverfahren, freie und ehrliche Wahlen sowie andere Grundsätze – eine der Säulen der Demokratie<sup>15</sup>. Leider bleibt jedoch der Ausspruch von *George Orwell* „alle Lebewesen sind gleich, aber einige sind gleicher“ im russischen Umfeld äußerst aktuell<sup>16</sup>. Die Kenntnis der Ungleichheit vor

<sup>11</sup> Ein Verfahren gegen *Surkov* wurde allerdings nicht eingeleitet, RIA „Novyj region“ vom 31.8.2006, <http://www.rambler.ru/db/news/msg.html?mid=8586363&s=15>.

<sup>12</sup> <http://www.newsru.com/russia/12sep2006/surkov.html>.

<sup>13</sup> *Orlando Figes*, *A People's Tragedy: A History of the Russian Revolution*, Viking (USA), 1997.

<sup>14</sup> *Evgenija Al'bac*, *Garant točka ru, ili počemu on Ne prav?* (Garant Punkt ru oder warum er Nicht recht hat – angespielt wird auf die Internetdatenbank „www.garant.ru“), <http://www.ej.ru/comments/entry/5052>.

<sup>15</sup> *Čto takoe demokratija?* (Was ist Demokratie?), siehe die Dialoge: [http://www.infousa.ru/government/demo\\_r.pdf](http://www.infousa.ru/government/demo_r.pdf).

<sup>16</sup> So ist z. B. in der Regierungszeitung dazu aufgerufen worden, die Verfassung zu ignorieren, um *Putin* eine dritte Amtsperiode zu ermöglichen: „Will Russland überleben, dann müssen alle

dem Gesetz führt in der Gesellschaft zu einer nachlässigen Einstellung gegenüber dem Gesetz als solchem. Gilt das Gesetz nicht für alle und nicht immer, heißt dies, es gibt einen Preis und man kann es „kaufen“ oder „umgehen“. Dieser „Rechtsnihilismus“ wird durch die Straflosigkeit der Amtsträger und ihres Umfelds (wie des Sohnes des Verteidigungsministers *Sergej Ivanov*, der die Ampelschaltung nicht beachtet und hierdurch den Tod einer Frau verursacht hat, sich hierfür aber nicht verantworten musste), durch unverhältnismäßige Strafen (wie im Fall der Mitglieder der Partei *Limonov*, die vor dem Gebäude der Regierung ein Transparent herausgehängt hatten und von denen ein Parteimitglied zu einer Freiheitsstrafe von 3, 5 Jahren verurteilt wurde<sup>17</sup>, oder des Chefredakteurs *Stanislav Dmitrievskij*, der wegen der Veröffentlichung eines Interviews mit dem tschetschenischen Emissär *Achmed Zakaev* zu 2 Jahren auf Bewährung verurteilt wurde<sup>18</sup>) oder durch die Anwendung des Gesetzes nur auf „einzelne“ (wie im Fall der Zerschlagung von Jukos und der strafrechtlichen Verfolgung des Chefs *Michail Chodorkovskij*) bei Rechtsverstößen gefestigt. Es ist offensichtlich, dass die Anwendung des Gesetzes nur zum „auserwählten“ und „erforderlichen“ Zeitpunkt eine Form der Willkür und keine Erscheinung der Gesetzlichkeit darstellt.

Aufschlussreich sind auch andere Fälle der Anwendung des Gesetzes im Kampf mit politischen Gegnern und Andersdenkenden. So bringen die in letzter Zeit vorgenommenen Änderungen der Wahlgesetzgebung das politische Interesse der „Partei der Macht“ (Edinaja Rossija) zum Ausdruck und verstärken die Entfremdung der Bürger sowohl von den Organen der Macht als auch von den politischen Parteien. Infolge dessen haben die Wahlen praktisch aufgehört, eine Form der unmittelbaren legitimen Kommunikation der Bürger mit den Organen der Macht bei der Lösung kollektiver, gesellschaftlicher Probleme zu sein<sup>19</sup>. Zu diesen Änderungen zählen die Abschaffung der Möglichkeit, bei den föderalen Wahlen „gegen alle“ zu stimmen, die Einführung des imperativen Mandats bei den Abgeordneten der Staatsduma mit dem Verbot, während der Mandatsperiode die Fraktion zu wechseln, die „Rückkehr“ der vorzeitigen Stimmabgabe und die Verweigerung der Registrierung von Kandidaten wegen „Extremismus“ etc. Zu ergänzen sind auch diejenigen Änderungen, mit denen es den Bürgern erschwert wurde, Informationen über die Kandidaten zu erhalten, und mit denen Hindernisse für einzelne liberale Parteien, die nicht die Unterstützung des Kreml genießen, aufgerichtet wurden. Schließlich wurde dem Staatspräsidenten das Recht eingeräumt, den Legislativen der Föderati-

---

übrigen Überlegungen und erst recht Überlegungen der politischen Korrektheit bei der Beachtung der Artikel und Ziffern der in vielem unglücklichen Verfassung beiseite gelassen werden“, so *V. Tretjakov*, Brauchen wir *Putin* nach 2008?, Rossijskaja gazeta vom 23.6.2005.

<sup>17</sup> <http://lenta.ru/news/2006/08/08/action>.

<sup>18</sup> Der Prozess gegen *S. Dmitrievskij* erinnert an die politischen Prozesse der Sowjetzeit; siehe die Aufzeichnungen der Gerichtsverhandlung, <http://www.hro.org/ngo/about/2006/02/02-5.php>.

<sup>19</sup> Siehe die Ergebnisse der Expertise Nr. 1 vom 25.9./2.10.2006 des gesellschaftlichen Internet-Monitoring und der Bewertung der Legislative Russlands im Jahr 2006, [http://www.indem.ru/IDD2000/polemika/RezExp\\_1.htm](http://www.indem.ru/IDD2000/polemika/RezExp_1.htm); die Presseerklärung der Partei „Jabloko“ vom 14.06.2006 – Die Partei der Macht liquidiert die Konkurrenten“, [http://www.yabloko.ru/Press/Docs/2006/0615\\_duma.html](http://www.yabloko.ru/Press/Docs/2006/0615_duma.html); *A. Lebedev*, Abgeordneter der Staatsduma der RF, *Demokratija – eto pravo vybora. Kuda idet rossijskoe narodovlastie* (Demokratie ist das Recht der Wahl. Wohin geht die russische Volksmacht), *Moskovskije novosti* Nr. 41, 2006 (27.10.2006), <http://www.mn.ru/issue.php?2006-41-7>.

onssubjekte den Kandidaten für das höchste Amt des Föderationssubjekts vorzuschlagen<sup>20</sup>.

Darüber hinaus sind die Registrierung und Tätigkeit von NGOs mit der Änderung des Gesetzes über nichtkommerzielle Organisationen erschwert worden<sup>21</sup>. Jede Änderung der Mediengesetzgebung nach 2001 stellt eine weitere Beschränkung der Medienfreiheit dar<sup>22</sup>. Der außerordentlich weite Begriff des „Extremismus“ umfasst nach Änderung des Gesetzes „über extremistische Tätigkeit“ die öffentliche Verleumdung von Staatsbediensteten<sup>23</sup>. Die gesteigerte Aufmerksamkeit der Gesetzgeber und Rechtsanwender gegenüber der Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus hat im heutigen Russland das Phänomen der „rechtswidrigen Bekämpfung des Extremismus“ bzw. des „Antiantextremismus“ hervorgebracht<sup>24</sup>, d. h. zum Kampf gegen den, der selbst gegen Extremismus kämpft, geführt.

Ein eigenes Kapitel ist die Anwendung des Gesetzes durch die Gerichte in Russland. Die Voreingenommenheit der Gerichte in politischen Prozessen ist allerdings schwer nachzuweisen, obwohl sie häufig offensichtlich ist. Das Misstrauen der Bürger in das heimische Gerichtsverfahren wird nicht nur durch die Zahl der Beschwerden russischer Bürger beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (sie machen inzwischen 21 Prozent aller Verfahren vor diesem Gericht aus), sondern auch durch die Beunruhigung der Richter selbst dokumentiert<sup>25</sup>. Vorgeschlagen wird die Einführung einer „elektronischen Rechtsprechung“, d. h. die Möglichkeit der Einsicht in Gerichtsentscheidungen mittels Internet, und ferner auch die Publikation der Erklärungen der Richter über ihre Einkünfte und ihr Vermögen in den Medien sowie sonstige Maßnahmen, um das Vertrauen der Bürger in die Gerichte zu stärken<sup>26</sup>.

<sup>20</sup> Föderales Gesetz Nr. 106 FZ (Abschaffung der Stimmabgabe gegen alle Kandidaten) und 107-FZ (Nominierungsverfahren bei Wahlämtern) i. d. F. vom 12.7.2006, SZ RF 2006 Nr. 29 Art. 3124 und 3125; Gesetz über die Wahl der Deputierten der Staatsduma der RF i. d. F. vom 12.7.2006, SZ RF 2006 Nr. 29 Art. 3124; Gesetz Nr. 67-FZ vom 16.2.2002 über grundlegende Garantien der Wählerrechte und des Rechts auf Teilnahme am Referendum der Bürger der RF i. d. F. vom 25.7.2006, SZ RF 2006 Nr. 31 Pos. 3427.

<sup>21</sup> Föderales Gesetz vom 10.1.2006 Nr. 18 FZ über Änderungen in den Gesetzgebungsakten der RF, SZ RF 2006 Nr. 3 Art. 282.

<sup>22</sup> Gesetz über die Masseninformationsmittel vom 27.12.1991, zuletzt geändert am 27.7.2006, SZ RF 2006 Nr. 31 Art. 3452.

<sup>23</sup> Föderales Gesetz der RF vom 27.7.2006 Nr. 148-FZ über die Änderung von Art. 1 und 15 des Föderalen Gesetzes „über die Bekämpfung extremistischer Tätigkeit“, SZ RF 2006 Nr. 31 Art. 3447.

<sup>24</sup> Das Informations- und Analysezentrum „Sova“ verfolgt Fälle von Nationalismus und Intoleranz und hat auf seiner Internetseite einen Ordner mit der Bezeichnung „Rechtswidriger Antirextrismus“ eröffnet, <http://www.bankfax.ru/page.php?pg=36750>, worauf im 3. Bericht der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) vom 15.12.2005 hingewiesen wurde. Hiernach steht der Missbrauch bei Auslegung und Anwendung des Art. 282 StGB RF im Zusammenhang mit der Auslegung des Gesetzes durch Miliz, Staatsanwaltschaft und Gerichte, [http://www.coe.int/t/E/Human\\_Rights/ECRI/1-ECRI/2-Country-by-country\\_approach/Russian\\_Federation/Federation%20de%20Russie%203e%20rapport%20-%20cri06-21%20Russe.pdf](http://www.coe.int/t/E/Human_Rights/ECRI/1-ECRI/2-Country-by-country_approach/Russian_Federation/Federation%20de%20Russie%203e%20rapport%20-%20cri06-21%20Russe.pdf).

<sup>25</sup> Siehe den negativen Index hinsichtlich des Vertrauens in die Gerichte laut Umfragen des Levada-Zentrums, <http://levada.ru/press/2006100301.html>.

<sup>26</sup> Interview mit dem Vorsitzenden des Obersten Arbitragegerichts der RF *A. Ivanov* vom 26.5.2006, *Kak povysit' doverie k sudam i sud'jam?* (Wie kann das Vertrauen in die Gerichte und Richter erhöht werden?), [http://www.arbitr.ru/as/vas/smi/msg.asp?id\\_msg=41](http://www.arbitr.ru/as/vas/smi/msg.asp?id_msg=41).

Da Rechtsvorschriften in Russland häufig erneuert werden, nicht selten widersprüchlich oder lückenhaft und auch Doppelregelungen oft zu beobachten sind, sind die Rechtsvorschriften für die Bürger nur schwer zu verstehen, viele empfinden sich „im freien Raum“ und haben Angst vor möglichen Folgen. „Eine solche Situation ist für die Machthaber äußerst bequem, denn die Vertreter der Elite leben in der ständigen Furcht im Unterbewusstsein, dass man sich bei ihnen an alles erinnert, was sie in der Vergangenheit getan oder nicht getan haben. Auf der anderen Seite verhindert die Angst, dass sich eine Klasse bildet, die die politische Meinung zum Ausdruck bringt und die als Gesicht Russlands bezeichnet werden könnte. Ist die Angst dauerhaft und systemlos, ist der Standard des gesetzestreuen Verhaltens unverständlich, dann hört dieser auf, Einfluss zu nehmen und zu wirken. Der Mensch beginnt diesen zu ignorieren“<sup>27</sup>. So sind nach den Worten des Leiters des Komitees „Für Bürgerrechte“ *Andrej Babuškín* „das Ideal unserer Macht 140 Mio. Haken, an denen 140 Mio. Menschen aufgehängt sind. Und jederzeit kann man den Haken ziehen und zu dem Betroffenen sagen: Du bist der Rechtsverletzer, Du kommst ins Gefängnis, vor Gericht oder wohin auch immer. ...*Tschechov* hat gesagt, dass dann, wenn an der Wand ein Gewehr hängt, es auch schießen muss. Die Gesetze, die die Staatsduma die letzten fünf Jahre verabschiedet hat, sind kompakte Gewehre, die an der Wand hängen. Wir wissen nicht, wo, wann und auf was geschossen wird. Wir verstehen, dass gegen jeden von uns – gegen Rechtsschützer wie gegen Journalisten wie gegen Geschäftsleute, Politiker wie gegen wen auch immer im Lande – eine große Zahl von Gesetzen verabschiedet wird. Wir wissen noch nicht, wann sie gegen uns angewandt werden können. Aber jene, die für ihre Verabschiedung stehen, verstehen sehr gut, dass die Haken schon in Betrieb sind. Man muss nur ziehen und das gewünschte Resultat ist da“<sup>28</sup>. „Der Treibsand russischer Gesetze und Regeln“ ist nach Aussage des ehemaligen schwedischen Botschafters in Russland *Sven Hirdman* „einer der Gründe, die das Bild Russlands im Ausland verschlechtern“<sup>29</sup>. Statt der von *Putin* unmittelbar nach seinem Amtsantritt als Präsident im Jahr 2000 verkündeten „Diktatur der Gesetze“ ist in Russland wie früher anstelle des Gesetzes die Korruption wirksam, wie die Bewertung von Transparency International für 2006 belegt. Von 163 Staaten nimmt Russland – zusammen mit Honduras, Nepal, Ruanda und den Philippinen – Platz 121 ein<sup>30</sup>.

### III. Der glückselige Patriotismus des Faulen und die russischen Instrumente der Erziehung

Das Thema Patriotismus steht im unmittelbaren Zusammenhang zu den Aufgaben, die sich auch *Anna Poltikovskaja* gestellt hat. In Russland werden Menschen in letzter Zeit in zwei Gruppen eingeteilt: „Patrioten“ und „Nicht-Patrioten“. Dies folgt unmittelbar aus

---

<sup>27</sup> Siehe das Stenogramm des Runden Tisches im Institut für Osteuropa in Moskau „Strach kak faktor politiki“ (Angst als Faktor der Politik) vom 26.4.2006, [http://www.prognosis.ru/upimg/file\\_2.doc](http://www.prognosis.ru/upimg/file_2.doc)

<sup>28</sup> Siehe *D. Gal'perovič*, Ideal vlasti – po krjučku na každogo iz 140 millionov rossijan (Ideal der Macht – ein Haken für jeden der 140 Mio. Russländer), <http://www.svobodanews.ru/Article/2006/08/01/20060801183614450.html>.

<sup>29</sup> *Sven Hirdman*, Rol' Rossii v Evrope (Die Rolle Russlands in Europa), Moskauer Carnegie-Zentrum, S. 9.

<sup>30</sup> Den ersten Platz nimmt Finnland, der Staat mit der geringsten Korruptionsrate, ein, [http://www.transparency.org/news\\_room/in\\_focus/cpi\\_2006/cpi\\_table](http://www.transparency.org/news_room/in_focus/cpi_2006/cpi_table).

den Bestimmungen der staatlichen Programme für die patriotische Erziehung der Bürger in den Jahren 2001-2005 und 2006-2010, die die „Bildung und Entfaltung der Persönlichkeit des Patrioten“ bezwecken<sup>31</sup>.

Erforderlich wurden diese Programme nach den Worten der Autoren der Doktrin der informellen Sicherheit infolge der „Unfähigkeit der heutigen Zivilgesellschaft Russlands, sicherzustellen, dass Patriotismus in der heranwachsenden Generation gebildet und in der Gesellschaft bewahrt bleibt“; dies stelle eine Bedrohung für die informelle Sicherheit Russlands dar und rufe die größte Gefahr im Bereich des geistigen Lebens hervor<sup>32</sup>. Nach diesen Programmen sind vor allem die Geschichtsbücher Russlands unter Berücksichtigung der „Rolle Russlands am Schicksal der Welt“ umzuschreiben und neue Filme und Sendungen zu produzieren, die ein positives Bild des nationalen Helden (regelmäßig der Vertreter der Machtstrukturen und Sondereinheiten) kreieren; es ist scharf auf Umstände „der Entstellung und Fälschung der Geschichte des Vaterlands“ zu reagieren; „Versuchen der Diskreditierung und Erniedrigung der patriotischen Idee in den Medien sowie in den Werken von Literatur und Kunst“ ist entgegenzuwirken. Den empfohlenen staatlichen Maßnahmen der Patriotismuserziehung ist leicht zu entnehmen, welche Anforderungen der Patriot des neuen Russlands erfüllen muss. In dieser Weise treten schon heute recht häufig Vertreter der „russischen nationalen Einheit“ (RNE), Aktivisten und Anhänger der „Bewegung gegen illegale Immigration“ (DPNI) und staatliche Funktionäre – unter ihnen Präsident *Putin* – auf. Dagegen wird *Anna Politkovskaja* und vielen anderen, die die Geschichte und Ereignisse kritisch zu analysieren versuchen sowie regelmäßig russischen Liberalen und Demokraten und den Journalisten oppositioneller Verlage (die es allerdings fast schon nicht mehr gibt) das Etikett „Nicht-Patrioten Russlands“ oder sogar „Feinde“, die Russland erniedrigen und schwächen wollen, angehängt<sup>33</sup>. Ein Feind nach Logik der Patrioten von heute ist auch der bekannte russische Denker und Liberale *Petr Jakovlevič Čadaev*, der Anfang des 19. Jh. gesagt hat:

*Ich habe es nicht gelernt, meine Heimat mit geschlossenen Augen, mit betagtem Haupt, mit versperrten Lippen zu lieben... Ich ziehe es vor, meine Heimat zu geißeln, ihr Kummer zu bereiten, ich bevorzuge es, sie zu erniedrigen, jedoch niemals sie zu betrügen...Ich denke, dass ein Mensch seinem Land nur dann nützlich sein kann, wenn er es klar sieht...Fremd ist mit dieser glückseligen Patriotismus des Faulen, der daran gewöhnt ist, alles in rosarotem Licht zu sehen und mit seinen Illusionen zu tragen“<sup>34</sup>.*

Ungeachtet der bereits ergangenen staatlichen Programme auf föderaler und auf lokaler Ebene werden die Arbeiten am Konzept zur Entfaltung des Patriotismus in den folgenden Jahren fortgesetzt. Bekannt sind die Pläne des Ministeriums für Kultur zur Ausarbeitung eines Konzepts im folgenden Jahr, aufgrund dessen den Medien Mechanismen zur Patriotismuspropaganda auferlegt werden sollen. Das Programm trägt den Arbeitstitel „Doktrin der informellen Sicherheit Russlands im Bereich des geistigen Lebens“. Von der Moskauer Regierung wurde der Entwurf des Programms „Patriotische Erziehung der

<sup>31</sup> Bestätigt durch Verordnung der Regierung der RF Nr. 122 vom 16.2.2001 und Nr. 422 vom 11.7.2005.

<sup>32</sup> Bestätigt durch Ukaz Nr. 1895 des Präsidenten vom 9.9.2000, *Rossijskaja gazeta* Nr. 187 vom 28.9.2000.

<sup>33</sup> *Der Spiegel* vom 16.10.2006.

<sup>34</sup> *P. Ja. Čadaev*, *Apologija submasščedščego* (Apologie des Wahnsinnigen), 1837.

Jugend Moskaus 2007-2009“ unterbreitet. Besonderes Gewicht wurde hinsichtlich der Erziehung junger Patrioten auf die militär-patriotischen Aktionen gelegt<sup>35</sup>.

Interessant ist der Umstand, dass für die Patriotismusprogramme im Zeitraum 2006-2010 die vorgesehenen Haushaltsmittel im Vergleich zu den vorausgegangenen vier Jahren um das Dreifache erhöht wurden – 497,8 Mio. gegenüber 177,95 Mio. Rubel. Einige Kreml-Kritiker verbinden die Ausweisung zusätzlicher Finanzmittel für bestimmte Programme – wie die Patriotismuserziehung und die Unterstützung der staatlichen Medien – mit dem Beginn der Vorwahlperiode 2007-2008.

Im Kontext der Aktionen zur „Bildung der Persönlichkeit des Patrioten Russlands“ sind auch die Wiederbelebung von zu sowjetischer Zeit bestehenden Jugendorganisationen – z. B. „die Pioniere“ und „die jungen Patrioten“, der Stalinhymne sowie die Vielzahl von *Putin*-Portraits auf dem Grund der russischen Flagge sowie nicht nur in Geschichtsbüchern, sondern auch in den Kabinetten der Amtsträger und in einzelnen Buchhandlungen zu sehen.

Gesetzmäßig ist aber auch etwas anderes: Je mehr von der Größe des russischen Volkes und seiner Rolle für die ganze Welt gesprochen wird und je mehr Haushaltsmittel für die Finanzierung von Patriotismusprogrammen bereitgestellt werden, desto zahlreicher sind Fälle von Nationalismus und Intoleranz im Lande, die sich in Gewalt auf rassistischem Boden, einer wachsenden Zahl rassistischer Erklärungen und in zunehmender durch Rassismus und Intoleranz gekennzeichnete Rhetorik äußern<sup>36</sup>. Ungeachtet der Proteste von Rechtsschützern und Liberalen in Russland wird im Internet von Aktivisten der DPNI weiterhin die Liste der „Feinde Russlands“, die getötet werden müssen, verbreitet<sup>37</sup>. In dieser Liste befand sich auch *Anna Politkovskaja*.

Außerdem darf nicht aus dem Blick gelassen werden, dass ein Staat, der Loyalität und Dienste von den Menschen verlangt, aber nicht die Verpflichtung übernimmt, für seine Handlungen die Zustimmung der Menschen einzuholen, wobei letzteres gewöhnlich mittels freier und ehrlicher Wahlen unter der Voraussetzung funktionierender unabhängiger Medien und NGO erfolgt, dass ein solcher Staat ein autoritärer Staat ist<sup>38</sup>.

#### IV. Propaganda im heutigen Russland

Die Propaganda war und bleibt eines der Hauptinstrumente des Machterhalts in autoritären Staaten. Sie hat verschiedene Formen und reicht von der direkten Nötigung zu „richtigen“ Ansichten bis zu Anspielungen unter Verwendung gefälschter Fakten, unvollstän-

<sup>35</sup> Sie lernen, Russland zu lieben. Patriotische Propaganda obliegt nun den Lehrern, Regisseuren und Journalisten, *Gazeta* vom 11.10.2006, <http://www.gzt.ru/politics/2006/10/10/213015.html>; zur Ausarbeitung des Konzepts durch das Kulturministerium, <http://www.km.ru/news/view.asp?id=32D2912021794478BE6169BEB7A3D795>.

<sup>36</sup> Siehe den 3. ECRI Bericht (Fn. 24).

<sup>37</sup> Siehe [http://anticompromat.ru/raznoe/s\\_kuryan.html](http://anticompromat.ru/raznoe/s_kuryan.html); <http://grani.ru/Politics/Russia/m.103850.html>; <http://www.svobodanews.ru/Article/2006/10/18/20061018170706283.html>; Bewegung „Russkaja Respublika“ (Russische Republik), <http://rusrepublic.ru/>; Bewegung gegen illegale Immigration, <http://www.dpni.org/>; Slawische Union, <http://ns-rus.cc/infowar>.

<sup>38</sup> Siehe die Demokratiedialoge (Fn. 15).

digen Informationen und anderen Manipulationen durch die Reihenfolge der Informationsverbreitung, das Schüren von Emotionen und vielen anderen Methoden der „Gehirnwäsche“.

Die Grundrichtungen, in denen die Staatspropaganda erfolgt, sind im Konzept der nationalen Sicherheit und in der Doktrin der informellen Sicherheit niedergelegt. Sie sind vor allem eine Antwort auf die Anstrengungen einer Reihe von Staaten, „die darauf ausgerichtet sind, die Position Russlands im politischen, wirtschaftlichen, militärischen und in sonstigen Bereichen zu schwächen“, „Russland vom äußeren und inneren Informationsmarkt zu verdrängen“, und eine Gegenpropaganda im Hinblick auf „die von einer Reihe von Staaten ausgearbeiteten Konzepte der Informationskriege gegen Russland“ zu etablieren.

Hinzuzufügen ist, dass die Rolle der Propaganda im heutigen russischen Leben nicht nur Patriotismuserziehung, sondern auch für andere Ziele – zum Erhalt der Loyalität gegenüber der Macht, zum Hinweis auf die Feinde des Volkes etc. – wichtig ist. So wird die Angst gegenüber den „äußeren Feinden“, vor allem den USA und den Staaten Europas, als gewisse positive Ressource betrachtet, um das Bewusstsein und Gewissen der Bürger und Wähler zu stärken. Die Sicherheitspolitik ist universell und total, und zwar unabhängig vom betroffenen Bereich, sei es nun Politik, Militär, Wirtschaft, Demographie, Soziologie, Energiewesen oder gar Pädagogik<sup>39</sup>.

Nach den Untersuchungen des Zentrums für Extremjournalismus des russischen Journalistenverbands und der slowakischen NGO MEMO 98 sind 90 Prozent der Nachrichten in den staatlichen und staatlich kontrollierten Fernsehkanälen der Macht in Gestalt des Präsidenten, seiner Administration, der Regierung und der Partei „Einheitliches Russland“ gewidmet<sup>40</sup>. Der Einfluss der alternativen Informationsquellen – wie das Internet und die unabhängige Presse – auf die gesellschaftliche Meinung ist im gesamtnationalen Kontext verschwindend klein. Dennoch dient gerade das vom Gesetzgeber nicht kontrollierte Internet (Beschränkungen werden allerdings auf Initiative der Machtbehörden beständig in Russland erörtert) *Putin* als Argument, um auf die freien Informationsquellen im Land hinzuweisen. Der Realität hält dieser Hinweis nicht stand, denn das Internet wird lediglich von 17 Prozent der Bevölkerung, und zwar vorwiegend in Moskau und Sankt Petersburg, als Informationsquelle genutzt<sup>41</sup>.

Die Propaganda erweist sich als besonders wichtig im Hinblick auf die heranwachsende Generation, die gegenüber dem Westen und den USA feindlich gesinnt ist und nach den Statistiken vor allem *Putin* vertraut und den von ihm gewählten Weg als „richtig“ ansieht<sup>42</sup>.

<sup>39</sup> Stenogramm des Runden Tisches (Fn. 7).

<sup>40</sup> Hierbei wird die Macht in 99 % der Meldungen positiv oder neutral, das Wirken der Opposition hingegen regelmäßig negativ oder bestenfalls neutral dargestellt. Während des Untersuchungszeitraums ist der Präsident im „Ersten Kanal“, „Russland“ und „NTV“ nicht „eine Sekunde“ in einem negativen Licht erschienen.

<sup>41</sup> Nach den Daten von 2006 benutzen 84 % das Internet überhaupt nicht. Von 2001-2006 ist die Zahl der Internetnutzer von 4 auf 17 % gestiegen, Levada-Zentrum, <http://www.levada.ru/press/2006100502.html>.

<sup>42</sup> Die größte Zustimmung erfährt der Präsident bei jungen Bürgern: Bei den 18-24-jährigen liegt die Zustimmungsrate bei 89 %, Levada Zentrum, <http://www.levada.ru/press/>

Als Teil der Propaganda ist auch das „Konzept zur Verbesserung des Ansehens Russlands im Ausland“, das bereits 2001 vom früheren Presseminister und heutigen *Putin*-Berater *Michail Lesin* vorgeschlagen wurde<sup>43</sup>. 2003 proklamierte der Präsident ein Programm zur Verbesserung des „Investitionsimage“ Russlands im Ausland. Wie aus dem Titel folgt, besteht die Besonderheit dieser Programme darin, dass Adressat das ausländische Auditorium ist. Damit demonstriert die Macht ihre Beunruhigung über den „falschen negativen“ Eindruck, den Russland im Ausland macht. Zur Umsetzung der Programme werden hunderte Millionen Dollars aus Haushaltsmitteln bereitgestellt. Dies bedeutet nicht nur den Kauf von Raum in einflussreichen und angesehenen Publikationen, wie in der *Financial Times*, wo ein Beitrag der Regierungszeitschrift „*Rossijskaja gazeta*“ erscheinen wird, sondern auch die Etablierung von Fernsehsendern, die in Englisch und Arabisch ausstrahlen und eine Gegenpropaganda im Hinblick auf nach Ansicht des Kreml Russland kritische internationale Medien bezwecken. Die Agentur RIA „Novosti“, unter deren Ägide bereits der englisch ausstrahlende Fernsehkanal „Russia Today“ geschaffen wurde, hat angekündigt, in die Errichtung des neuen Fernsehkanals 35 Mio. Dollar investieren zu wollen<sup>44</sup>.

In der Haushaltsvorlage für 2007 sind für Maßnahmen im Bereich Massenmedien beim Presseministerium 18.204,9 Mio. Rubel und damit 144,3 Prozent im Vergleich zum Betrag des laufenden Haushaltsjahrs vorgesehen (in Dollar macht der Zuschlag 680 Mio. aus). Als staatliche Subvention erhält hiernach ANO „TV-Novosti“ (der Kanal „Russia Today“) 2,4 Mrd. Rubel. Für die Verbreitung der Fernsehprogramme der VGTRK (Russische staatliche Rundfunkgesellschaft) und die Erweiterung des Empfangsbereichs des Kanals „Kultura“ werden 500 Mio. Rubel, für den besseren Empfang des Sportkanals in Ortschaften mit weniger als 200.000 Einwohnern 270,7 Mio. Rubel bereitgestellt. Für den Ersten Kanal und NTV sind zwecks Ausstrahlung von Programmen in den genannten kleineren Ortschaften 972 Mio. Rubel ausgewiesen. RIA „Novosti“ soll 100, 1 Mio. Rubel erhalten. Bei ITAR-TASS ist keine konkrete Summe genannt; beide staatlichen Informationsagenturen sollen aber die Subventionen erhalten, die „für die Versorgung der Bevölkerung mit operativen Informationen und die Umsetzung von Projekten zur Schaffung eines positiven Bildes Russlands im Ausland“ notwendig sind<sup>45</sup>.

Nach Ansicht von Experten unterscheiden sich die Informationen der im Inland ausstrahlenden staatlichen Kanäle und des englischsprachigen „Russia Today“ dem Inhalt nach nicht wesentlich, die Informationen über Russland für Ausländer seien aber genauer und entbehrten der offensichtlichen Propaganda.

---

2006100301.html. Entsprechend verschlechterte sich das Verhältnis zu den USA, das wie folgt bezeichnet wurde: „Gut“ 67 % (2000)/50 % (2006), „schlecht“ 22 % (2000)/39 % (2006), „indifferent“ – 12 % (2000)/11 % (2006), <http://www.levada.ru/russia.html>, worauf auch die Historikerin *Lilija Ščevcova*, *Putin's Legacy: How the Russian Elite is coping with Russia's Challenges*, Carnegie-Zentrums, Moskau 2006, 1. issue, Vol. 8, hinweist.

<sup>43</sup> Kommersant Nr. 103 (Nr. 3187) vom 8.6.2005; Specpropaganda, <http://www.lenizdat.ru/a0/ru/pm1/c-1032330-0.html>.

<sup>44</sup> <http://www.newsru.com/russia/15jun2006/arabt.html>.

<sup>45</sup> <http://www.newsru.com/russia/12sep2006/surkov.html>.

## V. Die zwei Konzeptionen der nationalen Sicherheit – ein einfacher Vergleich

Manchmal ist ein einfacher Vergleich von zwei Texten ausreichend, um zu verstehen, wie sich die Akzente in den grundlegenden Richtungen der staatlichen Politik vor und nach 2000 geändert haben. Zum Vergleich bietet sich zunächst das Konzept der nationalen Sicherheit der RF an. Erstmals wurde es durch Dekret des Präsidenten *El'cin* am 17. Dezember 1997 bestätigt<sup>46</sup>. Mit dem Übergang der Macht an *Putin* wurde der Text des Konzepts geändert<sup>47</sup>. Dies war im Wesentlichen das erste Dokument, das *Putin* in seinem neuen Amt unterzeichnet hat.

Die Bezeichnung der Abschnitte blieb zwar gleich, inhaltlich sind indes eine Reihe wesentlicher Änderungen festzustellen. Während das *El'cin* Konzept „noch starke Rückfälle der Versuche, Strukturen internationaler Beziehungen zu schaffen, die auf einer einseitigen, darunter militärisch-gewaltsamen, Lösung der Schlüsselprobleme der Weltpolitik gründen“ erwähnt, werden im *Putin*-Konzept die „Feinde“ – die entwickelten westlichen Staaten unter Führung der USA, die auf „eine einseitige, vor allem militärisch-gewaltsame, Lösung der Schlüsselprobleme der Weltpolitik unter Umgehung der grundlegenden Normen des Völkerrechts“ zählen, angesprochen.

Im Konzept von 1997 wird ebenfalls, aber vorsichtiger auf „eine Stärkung der Bestrebungen (im Gegensatz zur „Aktivierung der Anstrengungen“) einer Reihe von Staaten zur Schwächung der Positionen Russlands in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Militär“ (in der neuen Variante ist diese Liste nicht abschließend – „und andere“) hingewiesen. Hier wird dies jedoch nicht, wie in der *Putin*-Variante, für sich allein, sondern als eine Folge „der erheblichen Minderung des Einflusses Russlands“ auf die Lösung der kardinalen Fragen des internationalen Lebens, die russische Interessen berühren, betrachtet.

Die erste Fassung des Konzepts legt den Akzent auf die „prinzipiell neuen Möglichkeiten der Mobilisierung der Ressourcen zur Lösung der inneren Probleme des Landes“ durch positive Faktoren wie die Schaffung der Voraussetzungen für eine Demilitarisierung der internationalen Beziehungen, die Stärkung der Rolle des Rechts bei der Regelung strittiger zwischenstaatlicher Fragen, die Reduzierung der Gefahr einer unmittelbaren Aggression gegen die RF. Im Konzept von 2000 fehlen derartige Bestimmungen; vielmehr wird der Akzent auf das Erfordernis einer stärkeren Militarisierung und Mobilisierung der Kräfte gelegt, um die Bedrohung seitens der äußeren Feinde, „eine Reihe von Staaten“, die ihre Anstrengungen „aktivierten“, um die „Positionen Russlands im politischen, wirtschaftlichen, militärischen und in sonstigen Bereichen zu schwächen“.

Als Grundrichtung der Außenpolitik bezeichnet das *El'cin* Konzept die Unterhaltung partnerschaftlicher Beziehungen mit allen interessierten Staaten der Weltgemeinschaft. Das *Putin*-Konzept geht dagegen vom Erfordernis der Entwicklung der Beziehungen vor allem mit den GUS-Staaten aus.

<sup>46</sup> Ukaz des Präsidenten Nr. 1300 vom 17.12.1997 „über die Bestätigung des Konzepts der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation“, Rossijskaja gazeta vom 26.12.1997.

<sup>47</sup> Ukaz des Präsidenten Nr. 24 vom 10.1.2000 „über die Bestätigung des Konzepts der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation“, Rossijskaja gazeta vom 18.1.2000.

In der ersten Variante wird die Tatsache anerkannt, dass die „bestehende militärische Organisation für den Staat belastend ist“ und dass Russland nicht danach strebt, Parität in der Bewaffnung und in den bewaffneten Kräften mit den führenden Staaten der Welt zu wahren und sich am „Prinzip der realistischen Zurückhaltung“ orientiert. Im neuen Konzept wird im Gegenteil „die Anhebung und Unterhaltung des militärischen Potentials des Staates auf ausreichend hohem Niveau“ als grundlegende Aufgabe im Bereich der Sicherung der nationalen Sicherheit bezeichnet.

Ein anderer wichtiger Unterschied in der Sicht der grundlegenden Aufgaben zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit der RF besteht darin, dass nach dem *El'cin*-Konzept zu den vorrangigen Aufgaben „die Steigerung der Wirtschaft des Landes, die Durchführung eines unabhängigen und sozial orientierten Wirtschaftskurses“ und „die Vervollkommnung der Gesetzgebung, die Festigung der Rechtsordnung und der sozialpolitischen Stabilität der Gesellschaft, der russischen Staatlichkeit, des Föderalismus und der lokalen Selbstverwaltung“ zählen. Nach dem *Putin*-Konzept sind die primären Aufgaben „die rechtzeitige Prognose und Aufdeckung der Bedrohungen für die nationale Sicherheit der RF“ und „die Realisierung der operativen und langfristigen Maßnahmen zur Verhütung und Neutralisierung der inneren und äußeren Bedrohungen“. Die Steigerung der Wirtschaft des Landes befindet sich nur auf dem vierten Platz, die Gewährleistung der persönlichen Sicherheit des Menschen und Bürgers sowie der Verfassungsrechte und -freiheiten auf dem Territorium der RF erst auf dem sechsten Platz.

Daher ist die Variante des Konzepts des Jahres 2000 insgesamt viel deklarativer; den internen Problem des Landes wird viel weniger Aufmerksamkeit geschenkt; die Forderung nach einer Anhebung der Wirtschaft und Durchführung eines sozial orientierten Wirtschaftskurses ist im Aspekt der äußeren und inneren Bedrohungen sowie der Maßnahmen zu deren Verhütung und Neutralisierung aufgegangen; letzteres erzeugt das Bedürfnis nach einer stärkeren Staatskontrolle, Stärkung des Einflusses der Sonderdienste und Gegenaufklärung und Erhöhung des militärischen Potentials des Landes. Gerade dies hat die Entwicklung des Landes bis zum heutigen Tag geprägt. Viele haben inzwischen erkannt, dass das Konzept keine bloße Absichtserklärung, sondern ein reales Dokument der Außen- und Innenpolitik darstellt.

## VI. Fazit

So verläuft derzeit die Entwicklung Russlands. Zu erwähnen sind aber auch noch die wachsende Bedeutung der russischen orthodoxen Kirche im politischen und gesellschaftlichen Leben des Landes, der problematische Zugang zu Informationen, insbesondere zu den Archiven<sup>48</sup>, sowie die Rückkehr zu einem Phänomen aus der Sowjetzeit, der psychiatrischen Zwangsbehandlung Andersdenkender<sup>49</sup>. Vieles ist jedoch, worauf schon hinge-

<sup>48</sup> Zu Beginn der 90er Jahre wurden alle Archive geöffnet, aber schon 1996 waren viele Archive wieder nicht mehr zugänglich, siehe die Verordnung des Obersten Sowjets der RF Nr. 3088-I vom 19.6.1992 „über die vorläufige Ordnung des Zugangs zu Archivadokumenten und deren Verwendung“, VSndRFiVSRF vom 16.7.1992 Nr. 28, Art. 1620; *M. Sorokin*, Replika insajdera (Replik des Insiders), NLO 2005 Nr. 74, <http://magazines.russ.ru/nlo/2005/74>.

<sup>49</sup> *L. Vinogradova/Ju. Savenko*, Versuche, das ordentliche demokratische Gesetz zu umgehen), Zeitschrift Indeks/Dos'e na cenzuru Nr. 6 2006, <http://www.index.org/nevol/2006->

wiesen wurde, eine Folge des Fehlens freier Medien und echter Institute der Zivilgesellschaft, der Vorherrschaft der Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden und Sonderdienste an den Schalthebeln der Macht und der umfassenden Staatspropaganda. Nach im In- und Ausland vertretener Auffassung haben diese Verhältnisse die Ermordung von *Anna Politkovskaja*<sup>50</sup> ermöglicht.

Oft ist als Antwort auf Kritik an der Macht zu hören, dass die Existenz der *Politkovskaja* (die Macht hat sich allerdings von der Ermordung distanziert), der „*Novaja gazeta*“ oder des Radiosenders „*Echo Moskvj*“ beweisen, dass alles im Lande nicht so schlecht sei. Und einige Amtsträger mit *Putin* an der Spitze erachten Beschwerden über die Beschränkung der Meinungsfreiheit als übertrieben und entgegen, wie z. B. *Leonid Makarov*<sup>51</sup>, fast zynisch: „Ich lese seit 15 Jahren von der Bedrohung der Meinungsfreiheit, d. h., der Tod droht ihr (der Freiheit des Wortes) nicht“. Tatsächlich kann von Meinungsfreiheit aber nur noch im Internet gesprochen werden, womit auch die große Zahl der Verweise auf Internetquellen in diesem Beitrag zu erklären ist.

Nicht nur einmal hat *Dmitrij Muratov*, Chefredakteur der „*Novaja gazeta*“, wo auch *Anna Politkovskaja* gearbeitet hat, auf die Frage, warum die Macht seiner Meinung nach die Existenz der Zeitschrift duldet, mit einem Hinweis auf den Deckmantel der Demokratie und die Schaffung eines „*Potjomkinschen Dorfs*“ für Ausländer beantwortet. In dieser Weise ist auch Außenminister *Lavrov* aufgetreten, als er *Condoleeza Rice* eine Auswahl von Publikationen überreichte, die belegen soll, dass in Russland eine unabhängige Presse existiert<sup>52</sup>.

Aber wie die Wissenschaftlerin vom Moskauer Carnegie-Zentrum *Marija Lipman* zu Recht ausgeführt hat, sind die Medien allein, ohne Wechselwirkung mit anderen demokratischen Instituten nicht in der Lage, die Aufgabe der gesellschaftlichen Kontrolle zu erfüllen. Infolge des Fehlens einer politischen Opposition, eines unabhängigen Parlaments und unabhängiger Gerichte, von zivilen Aktivisten und Organisationen, d. h. radikal beraubt sämtlicher Institutionen mit Ausnahme der Präsidialmacht, agieren die Zeitungen im leeren gesellschaftlichen Raum, in dem die Resonanz fehlt. Publikationen verwandeln sich in eine Art *Samizdat* (Selbstverlag) – einzelne Rufe, die die Macht völlig ignoriert. Einzige Reaktion der Macht, die unter diesen Bedingungen möglich ist, ist der Druck auf nichtloyale Informationsquellen<sup>53</sup>.

So kann die im Land bei einem großen Teil der Bevölkerung zu beobachtende Apathie neben Anderem eine Folge der Unwissenheit sein, die durch das Fehlen unterschiedli-

---

6/vins\_n6.htm; siehe ferner den offenen Brief des Verbands unabhängiger Psychiater, <http://www.aha.ru/~ipar/rus/statements.htm> (Diese Internetseite wurde allerdings seit Ende der 90er Jahre nicht novelliert).

<sup>50</sup> *Valerija Novodvorskaja*, <http://www.grani.ru/Society/Media/m.112694.html>; <http://5tv.com.ua/rus/newsline/251/0/31805/>; *Boris Berezovskij*, <http://www.nr2.ru/kiiev/86219.html>; *Michas' Kukobaka*, <http://www.chechenpress.net/events/2006/10/13/01.shtml>.

<sup>51</sup> Präsident der Gilde und der Verleger der periodischen Presse bei der Eröffnungszereemonie des Weltzeitungskongresses im Kremlpalast in Moskau, <http://www.fapmc.ru/news/agency/2006/06/item422.html>.

<sup>52</sup> <http://rian.ru/politics/20050225/39461920.html>.

<sup>53</sup> *Marija Lipman*, *Svoboda pressy v uslovijach upravljaemoj demokratii* (Die Pressefreiheit unter den Bedingungen der zu verwaltenden Demokratie), Moskauer Carnegie-Zentrum 2.3.2006, <http://www.carnegie.ru/ru/pubs/briefings/brif1.pdf>.

cher Informationsquellen verursacht wird. „Die Demokratie erblüht aus der Energie der Bürger, die sich aus dem unbegrenzten Fluss von Ideen, Daten, Meinungen und Überlegungen nährt“<sup>54</sup>.

Urteilt man jedoch nach den Angaben der Regierungszeitung „Rossijskaja gazeta“ ist die Einschränkung der demokratischen Freiheiten gerade die Politik, die von den Kreml-Ideologen verfolgt wird. Dieses Konzept hat sogar einen Namen – „Plan der reversiblen Demokratisierung Russlands“<sup>55</sup>. Vorgeschlagen wird zunächst eine Beschränkung der Bürgerrechte und dann – nach 10-15 Jahren – eine Umkehr. Es stellt sich mithin allein die Frage, ob die Machthaber dann aber mit jemandem teilen wollen. Leider ist die Antwort aus der tragischen Geschichte Russlands unschwer zu errahnen. Dasselbe gilt für die durch den Ausspruch von *Putin* aufgerufene Frage, ob die uneigennützig und selbstlose Tätigkeit von *Anna Politkovskaja* Russland einen „Schaden“ zugefügt hat; hiermit hat er zugleich seine Verachtung gegenüber den grundlegenden demokratischen Werten, wie der Meinungs- und Pressefreiheit, zum Ausdruck gebracht.

Vergessen werden darf schließlich auch nicht der Umstand, dass ungeachtet des demokratischen Wandels der 90er Jahre im heutigen Russland die Mechanismen, die es erlauben, jeder Zeit wieder, beispielsweise unter dem Vorwand der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität, mit Repressalien selbst in großem Umfang zu beginnen. Davor, dass dies nicht geschieht, schützt wohl nur die bekannte Trägheit der heutigen russischen Macht, denn die Elite möchte sicherlich nicht das verlieren, was sie heute besitzt<sup>56</sup>.

---

<sup>54</sup> Čto takoe demokratija? (Was ist Demokratie?), US State Department, Internationales Informationsprogramm in Russland, [http://www.infousa.ru/government/demo\\_r.pdf](http://www.infousa.ru/government/demo_r.pdf).

<sup>55</sup> Die Kontrolle der landesweiten Fernsehsender („als politische Kernwaffe“) ist nur eine der Maßnahmen des Plans „der reversiblen Demokratisierung“, die in der Strategie der gesellschaftlichen Entwicklung Russlands schon in der ersten Amtsperiode *Putins* festgelegt war, aber aus „taktischen Erwägungen“ nicht früher verkündet wurde. Dieser „Plan“ versteht sich als Politik der limitierten und wahlweisen Beschränkung einzelner Bürgerrechte und -freiheiten, des so genannten „Einfrierens der gesellschaftlichen und politischen Demokratie“. Nach diesem „Programm“, das in den nächsten 15 Jahren umgesetzt werden soll, soll ab 2010 allen Machtorganen, mit Ausnahme der föderalen, der Besitz eines Fernsehsenders untersagt werden. Die föderale Macht ist hiernach berechtigt, maximal zwei landesweite allgemeinpolitische Fernsehsender zu besitzen; der Aufsichtsrat eines der beiden Sender soll aus Vertretern zumindest aller Fraktionen der Staatsduma besetzt werden, *V. Treťjakov*, Reversivnaja demokratizacija (Reversible Demokratisierung), *Rossijskaja gazeta* vom 30.6.2005, <http://www.rg.ru/2005/06/30/revers-demokratizacija.html>.

<sup>56</sup> Siehe das Stenogramm des Runden Tisches (Fn. 7).